

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.38 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bestände 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 167.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 21. Juli 1931.

13. Jahrgang.

In großen Situationen entscheidet der Charakter mehr als Geist und Wissen. Frhr. v. Stein.

Die Belastung des deutschen Steuerzahlers.

Von Dr. Croll.

Mitte dieser Woche stand Deutschland vor der Tatsache, daß Amerika sich an einer Kreditaktion zu Gunsten Deutschlands nur beteiligen zu wollen erklärte, wenn die großen Banken der wichtigsten europäischen Länder sich einem solchen Vorgehen anschließen würden. Das bei weitem kapitalstärkste europäische Land, Frankreich, stellte zwar nicht offiziell, aber doch unmißverständlich die Bedingung, daß gewisse politische Voraussetzungen erfüllt würden. Daneben wurde in Berlin — und zwar gerade von den beiden angelsächsischen Mächten Großbritannien und Amerika — die dringende Anregung gegeben, Deutschland möchte über das bisherige Maß hinaus wirtschaftliche, — d. h. steuerliche — Anstrengungen machen. Wieder einmal, wie früher schon so oft, las man in englischen Zeitungen Betrachtungen darüber, daß das verhältnismäßig gesicherte England seinen Bürgern viel höhere Steuern zumute, als das bedrohte Deutschland. Solche Behauptungen werden von den Bürgern des betreffenden Landes gern geglaubt. Sind sie aber berechtigt?

Die deutsche Notverordnung vom 5. Juni hat die Steuerlast gewaltig erhöht. In England sind die Einkommen bis 8000 M im Jahr für Familienväter mit zwei Kindern vollkommen einkommensteuerefrei. In Deutschland müssen die Bezieher bereits viel niedrigerer Einkommen 1. Einkommensteuer (Steuerabzug vom Lohn), 2. Kräftesteuer und 3. Bürgersteuer, die alle an das Arbeitseinkommen anknüpfen, zahlen. Dazu treten andere in England unbekannte Steuern, wie die Umsatzsteuer, die vom Produzenten und Händler auf die Verbraucher abgewälzt wird, und die von jeder abgesetzten Ware, auch von der lebensnotwendigsten, erhoben wird. Allerdings bringt eine Besitzsteuer, nämlich die Erbschaftsteuer, in England das Vielfache dessen ein, was das deutsche Reich aus ihr erzielt. Aber dafür kennt auch das englische Steuerrecht keine Doppelbesteuerung, welche in Deutschland die Erzieler größerer Einkommen durch die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erdulden haben. Auch die Gewerbesteuer, die hart auf dem Ertrag wirtschaftlicher Unternehmertätigkeit lastet, ist in England unbekannt. Daß in Deutschland das Maximum der materiell und seelisch tragbaren Besteuerung erreicht und sogar bereits überschritten ist, ergibt sich klar aus der Abwanderung inländischen Kapitals in fremde Länder, wo für Geldeinlagen in den Banken häufig überhaupt keine Zinsen gezahlt werden.

Es ist überhaupt schwer, eine vergleichbare Grundlage für die Besteuerung in zwei Ländern mit grundverschiedenem Steuersystem zu finden. Wollte man in Deutschland beispielsweise die Verbrauchssteuern auf Genussmittel (Branntwein, Bier und Tabak) auf die in England gebräuchlichen Sätze erhöhen, so würde ein Verbrauchsrückgang von solchem Ausmaß eintreten, daß die Gesamterträge dieser Steuern hinter den früheren Erträgen weit zurückbleiben. Wenn zugegeben werden muß, daß bei den höheren Einkommensgruppen in England die Steuerlast erheblich höher liegt als in Deutschland, so ist das kein Beweis für die höhere Belastung des englischen Bürgers. Der übergroße Teil der deutschen Einkommenbezieher gehört zu der Gruppe der kleinen und mittleren Einkommen, die in England einkommensteuerefrei ist. Selbst wenn man alle Verbrauchsabgaben, Zölle und sonstige Belastungen in Betracht zieht, ist die deutsche Familie mit durchschnittlichem Einkommen viel höher besteuert als die entsprechende englische Familie. Willkürlich herausgegriffene Einkommensgruppen oder gar einzelne Steuerarten können nicht in Relation zueinander gesetzt werden. Das liegt nicht zuletzt daran, daß in England die Vorkriegswerte und die öffentlichen Darlehen hundertprozentig erhalten worden sind, während sie in Deutschland während der Inflation dahingeschmolzen sind. Praktisch erhält ja der britische Steuerzahler, soweit er Bezieher von Vermögenserträgen ist, einen beträchtlichen Teil der von ihm als Steuern bezahlten Summen in Form von Zinsen für öffentliche Darlehen zurück.

Die Notverordnungen zum Schutze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Die Spannung der letzten Tage hat sich gelöst. Die Regierung gibt ihre Entscheidungen bekannt. Sie erläßt neue Notverordnungen, die man mit Recht in ihren Wirkungen als Verordnungen zum Schutze des Bankkapitals nennen darf.

Uns schien die Hauptaufgabe zu sein, die Wirtschaft in Gang zu setzen, die im letzten Jahre eine Schrumpfung erlebte von einem Ausmaße, das bis dahin unmöglich erschien. Die Reichsregierung scheint es als ihre Aufgabe anzusehen, die Währung zu sichern, ohne Rücksicht auf den Schrumpfungszug zu nehmen. Eine gesicherte Währung garantiert aber noch längst nicht Auftrieb. Denn unsere Währung war in den letzten Jahren nicht bedroht und doch schrumpfte die Wirtschaft zusammen, stieg die Zahl der Arbeitslosen. Der deutschen Wirtschaft fehlte es nicht an Geld oder Zahlungsmitteln in Form von Krediten, sondern an Arbeit. Das sei vorausgeschickt.

Wer am Mittwochabend den Ausführungen des Reichsfinanzministers lauschte, der wunderte sich über das von seinen Hörern vorausgesetzte Maß von Naivität in Wirtschaftsrängen. Neben mir saß als Hörer ein Bankfachmann, also ein mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eng verbundener Wirtschaftler, der einigen Ueberblick hat. Der kam aus dem Kopfschütteln nicht heraus.

In einem Atemzuge Vertrauen, Opfer und Nerven zu verlangen und andererseits die innerpolitischen Gegensätze erneut aufzuheben, heißt Porzellan zerbrechen. Ein Minister, der in öffentlicher Versammlung unter freinetischem Beifall mit „geistigen Waffen Kämpfender“ als einzige Entschuldigung für den Rückgang der Staatspartei zu sagen weiß: „Wir sind so wenige geworden, weil der Narren zu viel geworden sind!“, fordert einen Volkssturm heraus, auf dessen Mitarbeit er in der Stunde der Gefahr angewiesen ist. Und Herr Dietrich sollte bedenken, daß eben jene „Narren“ seit Jahr und Tag vor dieser Stunde gewarnt haben, die nun gekommen ist.

Was bringt die neue Notverordnung, oder das Bündel von Notverordnungen?

1. Die Sicherstellung der Lohn-, Gehalts- und Rentenzahlungen. Das versteht sich von selbst, wenn nicht offener Aufruhr kommen soll.

2. Die Sperrung der Guthaben, insbesondere der Sparkassenguthaben auf Zeit.

Das ist immerhin verständlich, um dem Run auf die Geldinstitute ein Bein zu stellen. Der Sparer kann über seine Notgroschen nicht verfügen, hat aber die tröstliche Versicherung, daß seine Anlagen gesichert sind.

3. Die Unterschreitung der bisher gültigen Deckungsgrenze für den Notenumlauf.

Hier wies der Reichsfinanzminister darauf hin, daß in Friedenszeiten der Notenumlauf nur mit 33 Prozent gedeckt gewesen sei und daß niemand deswegen die Währung als unsicher angesehen hätte. Damit berührte Dr. Dietrich den Kernpunkt der Währungsfragen — das Vertrauen. Das Friedensdeutschland hätte es sich leisten können, nur 10 Prozent seines Notenumlaufs in Gold gedeckt zu haben, die Währung wäre unerschüttert geblieben. Das Deutschland, das den Krieg mit einem Versailles Diktat abzuschließen vermeinte und die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln erleben mußte, das Deutschland, das eine Inflation über sich ergehen und seinen Mittelstand enteignen ließ, muß sich damit abfinden, daß es weniger Vertrauen genießt. Hier rächt sich die Schuld des Jahres 1923, das mindelsichere Papier in wertlose Papierstücke wandelte und ein Meer von Tränen der Witwen, Waisen, Rentner und Sozialrentner schuf. Denn die Inflation war nicht Schicksal. Man lese die Memoiren eines besten Kenners deutscher Nachkriegsverhältnisse, des Viscount D'Abernon, des ersten englischen Botschafters nach dem Kriege in Berlin, um zu erfahren, wieviel Mißschick aus Unterlassungen die Weimarer Parteien und ihre Machteponenten daran trugen.

Die Unterschreitung der Golddeckung ist an erscheinende Bedingungen geknüpft, deren wichtigste die Steigerung des Zinsfußes ist.

4. Der Reichsbankdiskont wird von 7 auf 10 Prozent erhöht, nachdem er erst vor kurzem von 5 auf 7 Prozent wurde, ohne auch nur den erhofften Erfolg zu finden.

Das bedeutet eine unerhörte Geldverwertung, die sich in einer weiteren Schrumpfung der Wirtschaft auswirken wird. Denn der Zinsfuß wird damit auf 12 Prozent steigen, da normalerweise bekanntlich stets 2 Proz. über Reichsbankdiskont gefordert werden. Anormalerweise

ist eine weit höhere Ueberschreitung des Reichsbankfußes üblich. Zugleich wird der Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent erhöht. Also fast verdoppelt. Was heißt das?

Bankkredite müssen mit 15 Prozent (im Frieden galten 6 Prozent bereits als Wunder) Zinsen aufgewogen werden. Und bei 15 Prozent bleibt es natürlich nicht, denn die Banken pflegen ihrerseits Provisionen unter den verschiedensten Namen hinzuzuschlagen, als da sind: Bereitstellungsprovisionen usw. usw. Sagen wir also gelinde gerechnet 16 bis 17 Prozent. Wer in aller Welt soll das aufbringen? — Der Zweck: a) Das höchste Garantien und höchste Verzinsung fordernde Auslandskapital soll wieder nach Deutschland fließen. Denn im Ausland wird es kaum auf mehr als 3 bis 5 Prozent Zinsen kommen. Die dreifache Quote soll reichen. b) Das ins Ausland geflüchtete deutsche Kapital soll zur Rückkehr gezwungen werden. Gleichzeitig soll ihm ein Anreiz gegeben werden durch hohen Zinsfuß. Hierzu ist zu sagen: Vornehmlich die SPD hat mit der Flucht deutschen Kapitals eine Agitation getrieben, die nicht in dem Maße gerechtfertigt war. Das mußte selbst Dr. Dietrich zugestehen. Es ist kein Geheimnis, daß aus Furcht vor finanzieller Mißwirtschaft und einer neuen Inflation erhebliche Kapitalien ins Ausland gegangen sind. Aber der Umfang ist denn doch nicht so groß, wie die Agitation behauptete. Zudem handelt es sich in den letzten Monaten nicht mehr um Vermögen, nicht um Ueberschüsse aus der deutschen Wirtschaft, sondern um Betriebsmittel, die sichergestellt wurden. Eine verfehlte Steuerpolitik, für die gerade die SPD mitverantwortlich zeichnet, hat den größeren Teil Schuld an dieser Flucht. Das ist an dieser Stelle mehrfach besprochen worden. Dieses Kapital soll zurückgeholt werden durch Kreditbeschränkung (wer würde hier 15 oder 17 Prozent Zinsen bezahlen, um sein Vermögen im Auslande nur 1 bis 3 Prozent bringen zu lassen?) — Insofern wäre der Gedanke eines hohen Lombardfußes gesund. Dieses Kapital soll zwecks freiwilliger Rückkehr einen Anreiz empfangen. Es soll Anlaß suchen zu höchsten Zinsen. Zinsen aber sind nur aufzubringen von einem Volke, in dem sich alle Hände regen. Denn der Zins kann nur durch Arbeit aufgebracht werden. Wo aber 5 Millionen gezwungenenmaßen feiern, wird der hohe Zins zur Sklavenpeitsche über den Köpfen derer, die noch Arbeit haben, zur untragbaren Last für die Feiern. Welche Folgen werden eintreten? — Sie lassen sich unschwer voraussagen: Die Warenlager müssen geräumt werden, notfalls zu Schmelzpreisen, denn sie sind in irgendeiner Form beliehen und kosten 15 bis 17 Prozent Zinsen. Also billigste Preise, zumal die Kaufkraft fehlt. Endlich einmal ein Vorteil, höre ich ausrufen! Für den, der Geld hat, nicht aber für die Masse der Gehalts- und Lohnempfänger, deren Kaufkraft erlahmt ist. Die Neuherstellung aber, wenn es mangels Kaufkraft zu einer solchen erheblichen Umfangs kommt, steht unter dem Zeichen höchster Zinsfüße (weil man mit Kredit zu arbeiten gezwungen ist und Kredit 15 bis 17 Prozent kostet). Das muß die Preise sehr erheblich verteuern. Zwischen beiden Polen aber liegen die Zusammenbrüche der Mittelstands-Existenzen, die mit großem Verlust abstoßen müssen, aber nicht in der Lage sind, ihre Warenlager zu ersetzen. Schrumpfung der Wirtschaft, Proletarisierung des Mittelstandes, Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Natürlich, heißt es, wird der hohe Zinsfuß nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Was aber bis dahin am Boden liegt, liegt am Boden und vermag sich nicht mehr zu heben. Hier sind wir beim Kernpunkt der neuen Notverordnungen angelangt:

Das Bankkapital wird durch die Möglichkeit unerhöhter Zwischengewinne ermuntert, gefördert und für seine Spekulationsverluste entschädigt. Das will die Serie der Notverordnungen natürlich nicht, bewirkt es aber! — Und die Währung wird feststehen. Das ist der Erfolg, den man erhofft.

Dagegen steht die weitere Schrumpfung. Welcher Exporteur und Exportfabrikant, der dringend der Unterstützung mit Krediten zu billigsten Zinsen bedarf, um den Auslandsmarkt zu erobern und zu sichern, könnte bei 10 bis 15 Prozent Zinsen noch arbeiten, da er sich häufig mit einem Verdienst von 3 bis 7 Prozent begnügen muß, um überhaupt im Geschäft zu bleiben? Und will er bestehen, muß er nicht einen Ausgleich suchen in billigen Löhnen? Also Lohndruck — oder besser „Hungerexport“. Wird die Reichsregierung, die die Währung sicherstellen möchte, nicht in einigen Monaten das Bulletin ausgeben müssen: Operation geglückt, Patient tot?

Die Notverordnung wirkt sich als letzter Versuch aus, das Gebäude eines Systems zu stützen, das man als kapitalistische Wirtschaftsordnung bezeichnen muß. Ein Sy-

stem, das gekennzeichnet wird in der Anhäufung des Geldes in den Händen weniger, dessen Sinn darin liegt, die Herrschaft des Geldes über den Menschen zu sichern, die Arbeitskraft zur Ware herabzubringen und an Stelle des Verantwortlichen den Wirtschaftsbeamten zu setzen, der einer anonymen Macht dient. Die Rettung dieses Systems bedeutet die Zerstörung des Mittelstandes und darin findet sich die Hochfinanz und Marxismus zusammen, die beide aus anderen Gründen diesem Stand das Rückgrat brechen.

Ich betone immer wieder: sicherlich will das die Notverordnung nicht nach dem Willen ihrer Schöpfer, aber ihre Folge wird es sein! — Wir haben in den Parlamenten Mittelstandsparteien und solche, die vorgeben, den Mittelstand zu vertreten. Auch der Blick dieser Parteien hängt wie fasziniert an der Währung, wie es scheint so stark, daß sie die Nebenwirkungen nicht sehen. Werden sie früh genug eingreifen? — Ich fürchte, schon der Oktober liegt zu spät, um den Generalangriff der Hochfinanz, der sich hinter den Notverordnungen als Schutzwall vorbereitet, zu bannen.

Es sind ernste Stunden, die wir durchleben. Aber die Freiheit, die politische und die wirtschaftliche, die kommt nicht auf den Wegen, die Bank und Börse für gut befinden. Deutschlands Freiheit wird nur mit einer Wirtschaftsordnung errungen, in deren Mittelpunkt der Mensch, die Persönlichkeit steht. In der das Geld keinen anderen Zweck hat, als Tauschmittel zu sein, ohne Macht über den Menschen ausüben zu können.

J. V. A.

Deutsche Sozialdemokraten sekundieren Frankreich.

Es ist schwer, über die katastrophalen Vorgänge in Deutschland zur Zeit einen zusammenhängenden orientierenden Artikel zu schreiben. Nachrichten und Ereignisse überholen sich derartig, daß es kaum eine Stunde gibt, in der man ein klares Bild von der Lage zeichnen könnte. Als der amerikanische Präsident Hoover, mit seinem Vorschlag, ein Zahlungsfreijahr einzulegen, an die Öffentlichkeit trat, war insbesondere die Freude in Deutschland groß, verbunden mit der Hoffnung, daß es nunmehr gelingen würde, all der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen beteiligten Ländern erblickte man in diesem hochherzigen Schritte des amerikanischen Präsidenten den Beginn einer neuen Ära, die geeignet sein sollte, die Weltwirtschaft wieder auf eine gesunde Basis zu bringen. Die hauptsächlich in Frage kommenden Länder stimmten deshalb vorbehaltlos diesem Plan zu, bis auf Frankreich, das nunmehr den Augenblick für gekommen hielt, Deutschland in die Zange zu nehmen, um weitgehende politische Zugeständnisse aus unserem armen Land herauszupressen. Die gestellten Bedingungen für Gewährung langfristiger Kredite unter Frankreichs Beteiligung sind bekannt und in der gesamten deutschen Presse stark erörtert worden. Daß die französische Presse hierin ihre Regierung auf das kräftigste unterstützt, ist weiter nicht verwunderlich, da die französischen Zeitungen gut diszipliniert sind und kräftig in das Regierungshorn blasen, wenn es gilt, Deutschlands Notlage wirtschaftlich oder politisch auszunutzen; auch das ist allgemein bekannt. Weniger verständlich war, daß auch ein Teil der englischen Presse der französischen Regierung sekundierte und, wenn auch in milderer Form, Deutschland nahelegte, ohne Aufgabe seiner Freiheit, freiwillig im Interesse der Allgemeinheit eine schöne Geste zu machen und den politischen Forderungen Frankreichs nachzugeben. Es sei jetzt schon bemerkt, daß in den letzten Stunden in dieser Beziehung ein Wandel eingetreten ist. Das führende Blatt in England, die „Times“, richtet in ihrem Leitartikel einen ernstlichen Appell an Frankreich, seine Forderungen nach politischen Garantien aufzugeben. Ob damit eine völlige Sinnesänderung in England

zum Ausdruck gebracht wird, soll bei der Eigenart des englischen Volkes und insbesondere der englischen Regierung hier zunächst nicht erörtert werden. Die nächsten Tage werden ja zeigen, welchen Kurs England steuern will, ob es bereit ist, Frankreich weiterhin die Steigbügel zu halten, oder ob es erkennen wird, welche große Gefahren ein übermächtiges Frankreich auch für England bedeutet und ob es aus dieser Erkenntnis die richtigen Konsequenzen ziehen will.

Weit verhängnisvoller ist vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, daß in dieser schweren Krise, in der sich unser Volk befindet, es wiederum Deutsche sind, die den Interessen der eigenen Nation in den Rücken fallen und den Erpressergelüsten der Franzosen Vorschub leisten. Dieser Vorschub ist der deutschen Sozialdemokratie zu machen. Es sei daran erinnert, daß einer der prominentesten Führer in der sozialdemokratischen Partei, Herr Dr. Breitscheid, sich während der Kammerverhandlungen in Paris aufhält, während sein Parteigenosse Wels London einen Besuch abgestattet hat. Inwiefern beide Führer durch ihre inoffizielle Fühlungnahme mit Vertretern der ausländischen Sozialisten und deren Regierungen positive Zugeständnisse gemacht haben, ist noch nicht klar ersichtlich. Nach allem aber, was darüber berichtet ist, darf man zu der Annahme berechtigt sein, daß ihre Stellungnahme jedenfalls in den beiden Ländern den Eindruck erweckt hat, daß die französischen Forderungen in Deutschland nicht auf einheitliche Ablehnung stoßen würden. Das bedeutet eine Rückenlähmung der Regierung Brüning, von der man annehmen darf, daß sie gewillt ist, sich diesen unberechtigten und Deutschland demütigenden Forderungen energisch zu widersetzen, während andererseits die Presse fast aller Parteien mit mehr oder minder Schärfe zum Ausdruck brachte, daß jede Regierung weggesetzt würde, welche in diesen Schicksalstagen bereit wäre, dem französischen Prestige nachzugeben. Einen weiteren Sekundanten erhält die französische Erpresserpolitik in dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei. Der „Vorwärts“ hält in Nr. 319 vom 11. Juli ausgerechnet in dieser Stunde es für angebracht, erneut für einen Vergicht auf jeden weiteren Panzerkreuzerbau einzutreten. Ist sich der „Vorwärts“ wirklich nicht bewußt, daß er damit Wasser auf die Mühle der französischen Chauvinisten liefert, wenn er allen Ernstes behauptet, daß der deutsche Panzerkreuzerbau der Abschaffung der großen ausländischen Schlachtflootten im Wege liegt und die Entwicklung zu bloßen Seepolizeikräften aufhält? Es ist ein Unfinn, wenn der „Vorwärts“ schreibt: „Zwischen den deutschen und französischen Panzerkreuzern steht die englische Arbeiterregierung ihre Seebefriedungspolitik bedroht, die darauf zielt, die Seeschlachtsflotten überhaupt absterben zu lassen.“

In seiner bekannten Verblendung fordert daher der „Vorwärts“, daß die Reichsregierung aktiv ihrerseits die Frage der Panzerkreuzer aufnimmt, um damit einen Schritt zur Förderung der internationalen Abrüstung zu tun, weil sie dadurch die natürliche Verkoppelung mit der internationalen Kredithilfe lösen und zugleich den gewünschten Beweis internationaler Friedenspolitik erbringen würde. Der „Vorwärts“ will und kann offenbar nicht begreifen, daß Selbstentmannung der Völker noch nie den Frieden gefördert, sondern die schwersten Katastrophen erst heraufbeschworen hat. Um das seinen Lesern recht plausibel zu machen, beruft er sich auf einen Artikel der englischen Zeitung „Daily Herald“, den er zustimmend in Fettdruck hervorhebt. Diese Zeitung leistet sich einen eigentümlichen Erguß, der so recht kennzeichnend ist für englische Mentalität und im übrigen ganz der bisherigen Haltung der englischen Regierung entspricht. In diesem Artikel, der, wie gesagt, vom „Vorwärts“ zustimmend zum Abdruck gebracht wurde, heißt es, daß jeder Versuch, die gegenwärtige Krise zu benutzen, um außerordentliche politische Verprechungen von Deutschland zu erzwingen oder um Bedingungen zu diktieren, ebenso unwürdig wie nutzlos seien. Soweit

könnte man den verheißungswollen Anfang dieses Artikels unterstreichen, wenn nicht allzu schnell der Pferdefuß sich hinterher zeigte. Das englische Blatt schreibt weiter: „Deutschland muß frei vom Zwange sein. Aber gerade deshalb raten wir, daß es Gebrauch macht von einem der stolzen Rechte der Freiheit, nämlich der freiwilligen Leistung eines Dienstes für das allgemeine Beste. Deutschland hat jetzt Gelegenheit zur großen Geste. Wenn es diese Gelegenheit versäumt, wird es seinen Feinden eine Freude machen und ihnen recht geben, seine Freunde wird es enttäuschen.“

Der „Vorwärts“ ist über diese Rattenfängermelodie sehr begeistert und merkt nicht, daß seine mißtönende Begleitmusik das Lied der Feinde Deutschlands singt. Es ist nicht zu verstehen, daß die deutsche Sozialdemokratie die Augen davor verschließt, daß die Franzosen in diesen Wochen alles darauf angelegt haben, die Völkerverseuer zu einem Abwürgungsprozeß Deutschlands umzugestalten. Aus diesem Grunde das scheinbare Nachgeben auf den amerikanischen Vorschlag, um dann durch wochenlange Verhandlungen Zeit zu gewinnen, auf dem Wege erbärmlichster Hintertreppenpolitik den internationalen Geldmarkt zu veranlassen, die an Deutschland gegebenen kurzfristigen Kredite zurückzuziehen, weil sich Frankreich sagte, in der Zeit größter finanzieller Nöte würde Deutschland erneut bereit sein, sich weitere Galgenstricke umlegen zu lassen. Und diesem wohlbedachten und berechnenden Treiben der Franzosen leisten deutsche Sozialdemokraten Vorschub. Es wird hohe Zeit, daß gegenüber einem solchen Gebahren, sich alle, denen deutsche Freiheit und Ehre am Herzen liegen, zur Abwehr zusammenschließen, um die Reichsregierung durch Rückenstärkung vor einem Schritt zu bewahren, der uns politisch und wirtschaftlich in ein ewiges Knechtschaftsverhältnis zu Frankreich bringen würde.

W. W.

Berplagte Seifenblasen.

Als Kinder haben wir den herrlichen „Glaskugeln“ oft nachgeschaut, wenn sie aufwärts schwebten von bunten glitzernden Farben durchleuchtet, immer höher, immer höher, aber auf einmal ging's doch nimmer höher, denn da waren sie zerplatzt. Ein bedauerliches „Oh“, aber schon stiegen neue hoch, solange man noch Schaum in der Schale hatte. Glückliche Illusionen der Kindheit! Wenn politische Seifenblasen platzen, dann ist's schlimmer, da hört auch die Schadenfreude auf, wenn dem andern die Seifenblasen mißraten, denn beim Zuschauen geben die Spritzer mit in die eigenen Augen. Und unseren Herren Verstandigungspolitikern sind die Seifenblasen, in denen sie die Sonne Frankreichs in „edlen, friedliebenden und mitleidigen“ Farben spiegeln sahen, restlos zerplatzt. Wie leicht wird ja noch die eine oder andere steigen, aber wer jetzt nicht merkt, daß Frankreich nie und nimmer den barmherzigen Samariter spielen wird, dem ist nicht zu helfen. Je mehr wir klagen, um so mehr wird sich Frankreich freuen, schöne Worte sprechen oder auch nicht, im übrigen aber heimlich denken: so ist's recht, so weit wollen wir euch ja haben — „Deutschland kaputt!“

Ein französischer Dolmetscher wollte einmal den Gefangenen zum Ausdruck bringen, daß sein Land doch Erbarmen mit uns habe und er überlegte: „Oh, Frankreich ist erbärmlich! . . .“ Es ist ihm dabei gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er unbewußt eine große Wahrheit ausgesprochen hat, daß wir ja die „erbärmliche“ Behandlung jahrelang zu spüren hatten. Wenn wir uns aber in unserm Volk einsehen für die wahre Erkenntnis Frankreichs, dann konnte es einem passieren, daß man einem ungläubigen Achselzucken oder gar noch Schlimmerem begegnete. Wer noch immer auf das Erbarmen Frankreichs wartet, der hat noch nicht begriffen, daß Frankreich im Kriegs- wie im Friedensgewand die Rolle des Räubers spielt. Der hat noch nicht begriffen, daß das „Ausland“, auf das man wartet wie auf ein Wunder, höchstens die Rolle des Priesters und des Reiten spielen

Gezeichnete.

Erlebnisse unter Gefangenen und Straftätlern.

Käthe Kollwitz zeichnete den Umschlag, wie immer, ein Bußruf. „Jeder schuldet. Jedem geben die Menschen, geben die Dinge mehr, als er gibt. Darum gebe ein jeder dankbar, so viel er vermag“, steht als Motto über dem letzten Kapitel dieses Buches von Menschenleid, von tiefer Not der lebendigen Toten, der „Gezeichneten“. Aber über diesem letzten Kapitel steht das Wort, das der größte Märtyrer ist, das Wort „Liebe“. Und das Buch schließt mit den Worten: „Alles ist Gnade.“ Alles, nämlich auch das, daß wir nicht hinter den Mauern sitzen, alles ist Gnade, auch das, daß wir gehen können, wann wir wollen, daß wir noch kämpfen können, auch wenn oft der Kampf fast aussichtslos erscheint. Alles ist Gnade, auch daß Menschen gefaßt werden, getrieben werden, „eine Woche unter Mörderinnen, Diebinnen und Dirnen“ zu leben.

Es ist eins der Bücher, die das Leben schrieb, die ein lebendiger Mensch schrieb. Wie Elisabeth Frey ist auch sie eine glückliche Mutter in wohlgeordneten Verhältnissen, hat eine Stellung in der sogenannten Gesellschaft, wie diese Quäkerin liebt sie die von der Gesellschaft Ausgestoßenen, die oft nur durch fremde Schuld und durch eine Verkettung von Zufällen zum ersten Schritt abwärts getrieben worden sind.

Im Gefängnis hat sie ihr Arbeitszimmer, nicht beamtet, nicht abgestempelt, nicht zu denen gehörig, die der Gefangene oder der Entlassene zumeist mit Unrecht zu seinen Quälgeistern rechnet. Nein, ein Mensch geht zu

*) „Gezeichnete“. Von Elisabeth Schuch. Agentur des Rauben Hauses. Kart. 2.— RM., Leinen 3.— RM.

Menschen, die ohne es zu wissen, den Schrei wiederholen, den Jesus vor 1900 Jahren am Teich Siloah gehört hat: „Ich habe keinen Menschen, der mich trägt.“ Dort war es die reinigende Flut, hier ist es das brausende Leben, in dem der Entlassene, der Gezeichnete, sich nicht zurechtfinden kann.

Zum Tor der Hoffnung ist dies Sprechzimmer dieser Frau schon für Hunderte geworden. In welche Abgründe muß sie hineinsinken, wie wird der Mensch gequält, wie wird der Paragraph oft unförmig streng, alles Lebendige zerstörend angewendet. Wohl niemand wird die wahre Geschichte vergessen, das Erlebnis mit dem Brandstifter im Zuchthaus. Noch zwei Jahre hat er zu verbüßen, um seinen ältesten Sohn studieren zu lassen, hat er die Wohnung angezündet. Neun Jahre Zuchthaus, sieben hat er abgedüßelt, jetzt stirbt sein Bruder, und die Möglichkeit ist vorhanden, daß dieser Mann, bis zur Tat Steuerinspektor, des Bruders Stellung im Geschäft erhalten kann. Frau Elisabeth Schuch, wir können den Namen nennen, denn sie berichtet wahrheitsgetreu Selbstgelebtes, schreibt nach dem Diktat des Gefangenen das Gnadengesuch an das Justizministerium. Der Oberdirektor unterstützt das Gesuch, denn der Mann „hat furchtbar unter der Strafe gelitten und es wird nie wieder etwas mit ihm geschehen“. Dafür möchte er fast bürgen. So ist Hoffnung vorhanden. Woche um Woche vergeht und desto gewisser erscheint dem Gefangenen die Entlassung. Wie wird er sein Leben aufbauen, wie alles an seiner Frau und an seinen Kindern führen, wie . . .

Und dann kommt die unglaubliche Antwort vom Justizministerium: „Abgelehnt!“ Das Stück Papier zerbricht die Hoffnung und zerstört, was zum Rechte wollte. Frau Schuch kann diese trübselige, seelenmordende Nachricht nicht weiter geben. Eine halbe Stunde später kommt Dr. M. in das Zimmer gestürzt und ruft sie zu dem Ge-

fangenen. Den hatte die Ablehnung seines Gesuchs zur Verzweiflung gebracht. Er bekommt einen Tobsuchtsanfall und muß mit Mühe gebändigt werden. Nun liegt er da, durch Morphiumspritze zum Schlaf gezwungen, der Gezeichnete 917, regungslos auf der Pritsche. „Es ist ganz still um mich, vielleicht schläft er schon“, denke ich. Ich höre nur das schwere Atmen des Gefangenen und ganz aus der Ferne verschwommene Laute aus der Welt, die nie hier eindringen. „Frau Doktor, sind Sie es?“ höre ich plötzlich des Mannes Stimme. „Ja, Sübner, ich bin es.“ „Nun ist alles aus — meine Zukunft — meine Frau und meine Kinder, alles, alles“, sagte er dumpf. „Noch zwei Jahre — dann wird es noch schwerer“, fährt er mühsam fort, „dann liege ich auf der Strafe und keiner wird mir helfen.“

Sein Atem geht immer leiser, er wird bald einschlummern. Ich fasse seine Hand und versuche, ihn zu trösten, indem ich leise wiederhole: „Ich werde Ihnen helfen, Sübner — ich werde Ihnen helfen.“ Wer hat nun größere Schuld? Oder da ist jener Lebenslängliche in dem Zuchthaus mit 1100 Genossen und plötzlich nach 17 Jahren kommt Elisabeth Schuch und spricht hilfreiche Worte über hilfreiche Bücher mit ihm und der Lebenslängliche, der für die Welt da draußen längst Begrabene spürt etwas neues und erschließt sich einem Menschen. Fürwahr, ein hilfreiches Buch, wenn es auch von furchtbarer Not, von erblicher Belastung, von jugendlichen Abirrungen, von krankhafter Hemmungslosigkeit und von Sünde und Schuld spricht. Ein mütterliches Buch und zugleich ein Buch der Anklage, geschrieben und gelebt aus derselben Gesinnung, die Albert Schweitzer vom Katheder und von seiner Orgel trieb in den Urwald zu leidenden Negern, die Erkenntnis, „wir alle sind schuldig“. „Alles ist Gnade“. Mit diesem Wort schließt das Buch; alle brauchen Gnade — das sagt das Buch. Hans Bernack.

wird. Nein, d
unfremd eigene
Wie soll e
Geldes stehen
richtig und wi
wenn auch sic
mit der wir c
spruch nehmen
wichtigste. De
zuerst mit Gel
Zuerst kam de

Gener Teilnahme J

Die deut
gannen mit
kanzlers Dr. 2
denen Caval.
vier Augen st
gezogen.

Der Unter
Generalauspr
und Briand,
Botschafter v
Flandin und
sekretär Berth

Im Berli
Dr. Brüning,
der Presse mit
finanzielle un
wießen die de
Aufsicht aller
haben muß.

Französi
richt der Ha
kenntnis zu n
Ministerpräsi
rung darauf h
nahmen unwe
sphäre nicht g
die beiden R
deutsch-franzö
habe Minister
Appell an der

„Ihr so erh
Beziehungen
bilden wird.
Entschlossen
entschlossen

Bis 1 Uhr
Gäfte des am
in einer dreiß

Ausprach
Gelegenheit h
Schilderung d
was man aus
lichkeit des R
ten Eindruck

Am Sonn
densmesse bei
Dame-Kathedr

Sieb

Im weite
den englisch
gere Ausprach
der großen R
der Vertreter
eine Verständ
führen sollte

Aus einer
Ministerpräsi
daß diese Fre
die Teilnahme
sichert sei, ob
lag eher ein
nen ließ. Die
doner Konfere
der deutschen

Wenn im
Ministerpräsi
Ausdruck gege
französischen
den Erfolg d
ließ sich berei
Seite der gan
Zusammenfün
die Franzosen
hindert, daß i
sprache entwi
Abrüstungsfr

Nach An
legt festgelegt
vom deutschen
entscheidende
wie weit Fro
Zusammenfah
le i e selbst

des französi
Mächte-Konfe
ferenzteilneh

g dieses Ar-
der Pferde-
Blatt schreibt
e sein. Aber
macht von
lich der frei-
eine Bette.
roßen Geste.
es seinen
geben, seine

ängermelodie
müßigende
ds singt. Es
aldemokratie
fen in diesen
tschaft Soo-
lands umzu-
re Nachgeben
durch wochen-
dem Wege
ernationalen
gegebenen
Frankreich
Möte würde
Salgenstriche
bedachten und
iten deutsche
Zeit, daß
denen deut-
Abwehr zu-
durch Rücken-
uns politisch
tsverhältnis
B. W.

fen.

„Glaskugeln“
en von bunt
höher, immer
höher, denn
g, aber schon
baum in der
dheit! Wenn
klimmer, da
n andern die
en gehen die
feren Herzen
fen, in denen
lebenden und
rplakt. Viel-
en, aber wer
nimmer den
ist nicht zu
nd sich Frank-
auch nicht, im
so weit wol-
ut!“

mal den Ger-
and doch Er-
g, Frankreich
icht zum Be-
große Wahr-
Behandlung
aber in un-
atinis Frank-
h man einem
Schlimmerem
men Frank-
daß Frank-
die Rolle des
fen, daß das
ein Wunder,
eviten spielen

Gefuchs zur
en Tobfuchs-
en. Nun liegt
zwungen, der
„Es ist
che.“ „Denke ich,
men und ganz
der Welt, die
ie es?“ höre
bner, ich bin
meine Frau
umpf. „Noch
er“, fährt er
e und keiner

d bald ein-
suche, ihn zu
werde Ihnen
Wer hat nun
gliche in dem
ich 17 Jahren
e Worte über
gliche, der für
etwas neues
ehr, ein hilf-
Not, von erb-
t, von krank-
und Schuld
ein Buch der
n Gefinnung,
seiner Orgel
die Erkennt-
de“. Mit die-
n Gade-
is Berneck.

wird. Nein, der barmherzige Samariter kann nur aus
unserm eigenen verkannten Blute kommen.

Wie soll er helfen? Fragen der Wirtschaft und des
Geldes stehen im Mittelpunkt des Interesses. Das ist
richtig und wichtig, denn wir müssen los vom Goldwahn,
wenn auch sicher das Entscheidende die Gesinnung bleibt,
mit der wir auch eine neue Tauschart der Güter in An-
spruch nehmen. Aber es ist nicht das Allererste und Aller-
wichtigste. Der barmherzige Samariter hat auch nicht
zuerst mit Geld geholfen. Er tat es erst am andern Tage.
Zuerst kam das „*Oil*“ des Gutes und die Frucht der

Arbeit am Weinstock, der „*Wein*“. Aber wir sind ar-
beitslos, weil wir gebetslos geworden sind und der poli-
tische barmherzige Samariter muß unserm Volke die Lo-
sung wieder in Fleisch und Blut hämmern: *Bete und
arbeite!* Dann kommt des andern Tages auch das
Geld und was dazu gehört. Es gibt für uns keine Ret-
tung, wenn wir nicht endlich in dem großen „Gefange-
nenslager“ Deutschland zusammenrücken und unter der
Lösung: „*Bete und arbeite*“ uns in eigener Kraft mit
Gottes Hilfe die Befreiung erkämpfen.

Georg Behnert

Neue Fesseln?

Finanzgarantien! — „Maßnahmen für die politische Beruhigung“.

Generaldebatte in Paris.

Teilnahme Frankreichs an der Konferenz in London. —
Begrenzung der Tagesordnung.

— Paris, 20. Juli.

Die deutsch-französischen Besprechungen in Paris be-
gannen mit einer einstündigen Unterredung des Reichs-
kanzlers Dr. Brüning mit dem französischen Ministerpräsi-
denten Laval. Diese Aussprache fand ausschließlich unter
vier Augen statt, selbst ein Dolmetscher wurde nicht hinzu-
gezogen.

Der Unterredung der Regierungschefs folgte dann eine
Generalansprache, zu der auch die Außenminister Curtius
und Briand, Staatssekretär Dr. von Bülow, der deutsche
Botschafter von Hoelf sowie die französischen Minister
Flandin und Pietri, Staatssekretär Poncet und General-
sekretär Berthelot hinzugezogen wurden.

Im Verlaufe dieser Konferenz schilderte Reichskanzler
Dr. Brüning, wie Reichsaussenminister Dr. Curtius später
der Presse mitteilte, „klar und ehrlich, wie in Chequers, die
finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands“. Ferner
sagte die deutschen Minister auf die Folgen hin, die ein
Ausbruch aller deutschen Zahlungen für die gesamte Welt
haben muß.

Frankreichs seitens beschränkte man sich nach einem Be-
richt der Havas-Agentur darauf, „von den Heilmitteln
Kenntnis zu nehmen, die die gegenwärtige Lage erfordert“.
Ministerpräsident Laval habe als eine Art Schlussfolge-
rung darauf hingewiesen, daß alle ins Auge gefaßten Maß-
nahmen unwirksam sein würden, wenn die politische Atmo-
sphäre nicht geklärt würde. Zu diesem Zwecke müßten sich
die beiden Regierungen bemühen, die Organisation der
deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern. Zum Schluß
hatte Ministerpräsident Laval seine Ausführungen in den
Appell an den Reichskanzler Brüning zusammengefaßt:

„Ihr so erhebender Besuch, der in der Geschichte der
Beziehungen unserer beiden Länder einen Meilenstein
bilden wird, darf für Frankreich und Deutschland keine
Enttäuschung sein, sondern muß im Gegenteil unseren
entschlossenen Willen für eine fortgesetzte Zusammen-
arbeit bezeugen.“

Bis 1 Uhr nachts waren dann die deutschen Minister
Gäste des amerikanischen Botschafters in Paris, wobei sie
in einer dreistündigen

Aussprache mit Stimson und Schatzsekretär Mellon

Gelegenheit hatten, eine unmittelbare und eindringliche
Schilderung der Lage Deutschlands zu geben. Nach dem,
was man aus amerikanischen Kreisen hört, hat die Persön-
lichkeit des Reichskanzlers bei den Amerikanern einen star-
ken Eindruck hinterlassen.

Am Sonntag haben die deutschen Minister einer Frie-
densmesse beigewohnt, die einmal monatlich in der Notre-
Dame-Kathedrale stattfindet.

Sieben-Mächte-Konferenz

Im weiteren Verlauf des Tages besuchte Dr. Curtius
den englischen Außenminister und hatte mit ihm eine län-
gere Aussprache, von der die beiden Minister sich direkt zu
der großen Konferenz begaben, die unter Teilnahme auch
der Vertreter von Amerika, Italien, Belgien und Japan
eine Verabredung über die Londoner Konferenz herbei-
führen sollte.

Aus einem längeren Communiqué, das der französische
Ministerpräsident nach der Konferenz ausgab, geht hervor,
daß diese Verständigung gefunden worden und daß damit
die Teilnahme Frankreichs an der Londoner Konferenz ge-
sichert sei, obwohl ein Teil der Pariser Presse noch am Son-
ntag eher einen verstärkten Widerstand gegen London er-
kennen ließ. Die Einigungsformel lautet dahin, daß die Lon-
doner Konferenz strikt begrenzt sein soll auf die Prüfung
der deutschen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Wenn in dem Communiqué noch hinzugefügt wird,
Ministerpräsident Laval habe zum Schluß dem Wunsche
Ausdruck gegeben, daß die nachmalige Unterredung, die die
französischen Minister mit den deutschen Ministern haben,
den Erfolg der Londoner Konferenz erleichtern möge, so
ließ sich bereits daraus deutlich erkennen, daß die politische
Seite der ganzen Besprechungen ausschließlich den Pariser
Zusammenkünften vorbehalten worden war. Damit haben
die Franzosen ihren Standpunkt durchgesetzt und wohl ver-
bindert, daß sich in London eine große politische Aus-
sprache entwickelt, bei der die Amerikaner etwa auch die
Abbrüllungsfrage aufrollen könnten.

Nach Ansicht Berliner politischer Kreise ist gegen die
sekt festgelegte Zweiteilung in dem Verhandlungsmodus
vom deutschen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Die
entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist freilich,
wie weit Frankreich konkrete politische Forderungen stellt.
Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die An-
leihe selbst erst in London zustande kommen kann.

Das Communiqué

des französischen Ministerpräsidenten Laval über die Sieben-
Mächte-Konferenz beginnt mit einer Aufzählung der Kon-
ferenzteilnehmer und fährt dann fort:

„Ministerpräsident Laval dankte den Ministern und
auswärtigen Delegierten, daß sie seinem Aufrufe gefolgt
sind, um gemeinsam die Bedingungen festzulegen, unter
denen die Londoner Konferenz anheben soll.“

Reichskanzler Dr. Brüning erstattete ein kurzes Exposé
über den gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschafts-
und Finanzkrise und legte die Maßnahmen internationaler
Art dar, die wünschenswert erscheinen, um diese Krise zu
lösen. Nacheinander haben hierauf Staatssekretär Stimson,
Staatssekretär Henderson, Außenminister Grandi (Italien),
der japanische Botschafter und der belgische Außenminister
Hymans zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie sich dazu be-
glückwünschten, dieser so wichtigen Vorbesprechung beizwoh-
nen zu können. Sie haben sämtlich die Versicherung abge-
geben, daß ihre Regierungen mit größter Sorgfalt und
größter Sympathie prüfen würden, was zu tun möglich
wäre, um Deutschland, dessen Schwierigkeiten die Stabilität
der europäischen Wirtschaft angingen, zu Hilfe zu kommen.
Sie haben gleichfalls einmütig ihre Genugtuung und Hoff-
nung zum Ausdruck gebracht, die ihnen die Anwesenheit der
deutschen Minister in Paris und ihre Unterredungen mit
den französischen Ministern einflößen.

Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Laval wurde in
gemeinsamem Einvernehmen festgelegt, daß die Lon-
doner Konferenz auf die Prüfung der deutschen Finanz-
und Wirtschaftskrise strikt begrenzt sein würde.

Ministerpräsident Laval gab zum Schluß dem Wunsche Aus-
druck, daß die Unterredung, die die französischen Minister
Sonntag nachmittag mit den deutschen Ministern haben,
den Erfolg der Londoner Konferenz erleichtern möge.

Im Anschluß an die Unterredung der Vertreter der
sieben Mächte gab Ministerpräsident Laval zu Ehren der
auswärtigen Staatsmänner ein Frühstück.

Noch keine konkreten Ergebnisse in Paris.

— Paris, 20. Juli. Ueber den Verlauf und die Ergeb-
nisse der in Paris geführten deutsch-französischen Mini-
sterbesprechungen kann auf Grund von Mitteilungen
von maßgebender deutscher Seite folgendes mitgeteilt
werden: In der abschließenden Pariser Besprechung hat
sich der Eindruck vertieft, daß konkrete Ergebnisse zur
Zeit nicht erzielt werden konnten. Die Verhandlungen
über die deutsche Finanzhilfe sind von Finanzminister
Flandin geleitet worden. Hierbei ist folgender Plan er-
wogen worden: In den für die Kredithilfe hauptsächlich
in Frage kommenden Ländern England, Frankreich,
Amerika, Holland und der Schweiz werden Stillhalte-
konfortien gebildet. Hierbei ist fogleich die Frage auf-
gegriffen, ob diese Maßnahmen genügen würden und ob
nicht zur Steigerung des Zahlungsmittelumlaufes in
Deutschland neue Finanzmittel in das deutsche Reich hin-
eingepumpt werden müßten. Diese Fragen sowie die
Maßnahmen, die nach der Aufhebung des gegenwärtig in
Deutschland bestehenden Zwangszustandes notwendig sind,
ferner ob und in welcher Höhe, unter welchen
finanziellen und politischen Garantien eine An-
leihe aufgenommen werden soll, wird nun-
mehr erst in London zur Verhandlung gelan-
gen. Ungeklärt ist ferner die grundsätzliche Frage ge-
blieben, ob es sich bei der kommenden internationalen
Kredithilfe um einen von den Zentralbanken der Reichs-
bank zu gewährenden Rediskontkredit oder um eine
Deutschland von den Regierungen zu gewöhnende inter-
nationale Anleihe handeln wird. Nach deutscher Auf-
fassung erscheint es durchaus möglich, daß sich alle diese
Fragen auf der Londoner Konferenz in einer neuen Form
stellen werden. Jedenfalls ist in der hiesigen Besprechung
von der französischen Seite ausdrücklich der starke Ein-
druck der von der Reichsregierung ergriffenen Maßnah-
men betont worden.

In der letzten abschließenden Beratung über die Teil-
nahme Frankreichs an der internationalen Kredithilfe
für Deutschland sind ausdrücklich die politischen und fi-
nanziellen Bedingungen für die französische Mit Hilfe aus-
gesprochen worden, da die Entscheidung hierüber noch nicht
spruchreif ist. Das Schwerkgewicht der Pariser Verhand-
lungen liegt nach deutscher Auffassung in erster Linie in
der Tatsache, daß beide Regierungen beschlossen haben,
zunehmend direkte Verständigungswege und eine offene
vertrauensvolle Arbeit für die Zukunft zu suchen. Diese
Tatsache wird als der entscheidende Punkt angesehen, von
dem in Zukunft ausgegangen werden wird. Auf deut-
scher Seite wird besonders unterstrichen, daß Minister-
präsident Laval volles Verständnis für die öffentliche
Meinung in Deutschland gezeigt und wieder-
holt in der Verhandlung unterstrichen hat, daß
Deutschland nichts zugemutet werden dürfe, was
der Reichskanzler Brüning, der sich das volle

Vertrauen der französischen Verhandlungsteilnehmer er-
worben hat, für die Reichsregierung als nicht tragbar er-
klärt.

Zusammenfassend vertritt man auf deutscher Seite die
Auffassung, daß alle zur Verhandlung gelangten Fragen
offen geblieben sind und in London in einer neuen Lage
von neuem aufgerollt werden.

Brüning, Laval und Henderson

im französischen Rundfunk.

Paris, 20. Juli. Reichskanzler Brüning, Minister-
präsident Laval und Außenminister Henderson wurden
am Sonntag gebeten, im französischen Rundfunk ein paar
Worte über die Konferenz zu sprechen. Reichskanzler
Brüning sprach den Satz: „Wir wollen dazu gelangen,
mit Frankreich in vollem Vertrauen zusammen zu ar-
beiten.“ Ministerpräsident Laval erklärte: „Diese Kon-
ferenz hat große Hoffnungen geweckt. Hoffen wir, daß
sie nicht enttäuscht werden.“ Der englische Außenminister
Henderson äußerte: „Ich freue mich, diese allgemeine
Konferenz unter einem Sonnenstrahl zum Abschluß kom-
men zu sehen.“

Laval und Briand nach Berlin eingeladen.

— Paris, 20. Juli. Reichskanzler Dr. Brüning hat
beim Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen
in Paris den französischen Ministerpräsidenten Laval und
den französischen Außenminister Briand zu einem Besuch
nach Berlin eingeladen. Der Zeitpunkt und die Einzel-
heiten dieses ersten Besuches der französischen Minister
in Berlin in der Nachkriegszeit sind bisher noch nicht
festgelegt worden.

Die deutsch-französische Erklärung

Der Wortlaut.

Paris, 19. Juli. Die am Sonntag gegen 20 Uhr
unterbrochenen deutsch-französischen Verhandlungen, die
im Anschluß an das Essen bei Briand fortgesetzt wurden,
wurden gegen 23 Uhr abgeschlossen. Ueber das Ergebnis
der gesamten deutsch-französischen Besprechungen in Paris
wird eine gemeinsame deutsch-französische Verlautbarung
veröffentlicht, die in den Schlussdebatten gemeinsam fest-
gelegt worden ist. Die Verlautbarung hat folgenden
Wortlaut:

„In einer kürzlichen Botschaft hatte der deutsche Reichs-
kanzler den Wunsch ausgesprochen, in direkte Verührung
mit der französischen Regierung zu treten, um die Mittel
zu finden, gemeinsam an der Besserung der Beziehungen
der beiden Länder arbeiten zu können. Der Chef der
französischen Regierung hat darauf spontan geantwortet,
daß er mit Befriedigung einer Zusammenkunft entgegen-
sehe, deren Durchführung sich im Hinblick auf die Er-
gebnisse, die die wirtschaftliche und finanzielle Lage
Deutschlands berühren, sowie im Hinblick auf die Rück-
wirkung auf die anderen Staaten zweckmäßig geworden
war. Infolgedessen sind die Vertreter der beiden Regie-
rungen am 18. und 19. Juli in Paris zusammengetreten.
Sie waren sich darin einig, die Bedeutung dieser Zusam-
menkunft anzuerkennen und zu bestätigen, daß sie den
Anfang einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bedeuten
soll. Der Reichskanzler hat hierbei die verschiedenen Sei-
ten der Krise, unter der sein Land leidet, beleuchtet. Die
Vertreter der französischen Regierung erklärten, in An-
erkennung der Schwere dieser Krise, daß sie unter dem
Vorbehalt gewisser Finanzgarantien und Maßnahmen für
die politische Beruhigung bereit seien, zu einem späteren
Zeitpunkt die Grundsätze einer finanziellen Zusammen-
arbeit im internationalen Rahmen zu erörtern. Die Ver-
treter der beiden Regierungen haben jedoch jetzt bereits
Wert darauf gelegt, ihren Willen zu betonen, unter sich
im Rahmen des Möglichen die künftigen Bedingungen
für eine wirksame Zusammenarbeit auf politischem und
wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Sie sind sich darüber
einig geworden, ihre Bemühungen zu vereinen, um den
Kredit und das Vertrauen in einer Atmosphäre der Ruhe
und der Sicherheit wieder herzustellen.“

Befriedigung in Berliner Regierungskreisen

Berlin, 20. Juli. Die gemeinsame deutsch-franzö-
sische Verlautbarung über das Ergebnis der Pariser Aus-
sprache, die in Berlin kurz vor Mitternacht bekannt
wurde, hat in Regierungskreisen starke Befriedigung
ausgelöst. Das Ergebnis wird als ein positiver Erfolg
betrachtet. Durch die persönliche deutsch-französische Zü-
lungnahme sei eine erste Entspannung der Atmosphäre
herbeigeführt worden. Es handele sich, so wird betont,
um die Vorbereitung einer politischen Annäherungsmög-
lichkeit. Wie sich die Abmachung im einzelnen auswirken
werde, müsse abgewartet werden.

Zahlungseinstellung bei der Schröderbank in Bremen.

— Bremen, 20. Juli. Von der J. F. Schröder-Bank,
Kommanditgesellschaft auf Aktien in Bremen, wurde
am Sonntag gegen Mitternacht ein Communiqué aus-
gegeben, nach dem das Unternehmen mit Hinsicht auf die
allgemeine schwere Wirtschaftskrise gezwungen ist, seine
Raffen für den Lauf dieser Woche zu schließen. Es sind
ernste Verhandlungen mit bremischen und auswärtigen
Wirtschaftskreisen zur Durchführung einer Stützungs-
aktion im Gange.

Zur Zahlungseinstellung bei der Schröder-Bank.

Bremen, 20. Juli. Um den geforderten Bestim-
mungen zu genügen, wird formell der Antrag auf Er-
öffnung des Vergleichsverfahrens bei der Schröder-Bank
gestellt werden. Die Stützungsverhandlungen sind, wie
verlautet, bisher ziemlich günstig verlaufen.



Die Presse-Verordnung.

Mündschreiben des Reichsinnenministers. — Die preussischen Ausführungsbestimmungen.

— Berlin, 20. Juli.

Im Reichsinnenministerium fand eine gemeinsame Besprechung der Reichs- und preussischen Ressorts über die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen statt. Nach dieser Besprechung richtete Reichsinnenminister Dr. Wirth ein Schreiben an die Länderregierungen, in dem er ausführt, eine verantwortungsbewusste, sachliche Kritik in anständiger Form solle weder erschwert noch gar verhindert werden.

Der preussische Innenminister hat eine Ausführungsverordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß für das Verlangen nach einer Rundgebung die Oberpräsidenten und der Berliner Polizeipräsident für die in ihrem Amtsbereich erscheinenden Organe zuständig sind. Für die Beschlagnahme und Einziehung von Druckschriften ist neben den Ortspolizeibehörden der Polizeipräsident von Berlin für den Bereich des Freistaates Preußen zuständig.

Im Anschluß an diese Ausführungsverordnung richtete der preussische Innenminister einen zweiten Erlaß an die nachgeordneten Behörden, dessen wesentlichster Teil lautet:

„Unter Bezugnahme auf meinen im Rundfunkwege bekanntgegebenen Rundschreiben bestimme ich, daß die Oberpräsidenten, der Regierungspräsident in Sigmaringen und der Polizeipräsident in Berlin die Aufnahme einer Rundgebung oder Entgegnung nach Par. 1 Abs. 1 der Verordnung vom 17. Juli 1931 aus eigener Entscheidung nur verlangen dürfen, soweit ihr eigener sachlicher oder örtlicher Amtsbezirk betroffen wird. Inhalt und Fassung solcher Rundgebungen oder Entgegnungen müssen den Richtlinien der Reichs- oder Landespolitik Rechnung tragen.“

Soweit Rundgebungen oder Entgegnungen für notwendig erachtet werden, zu denen die nachgeordneten Behörden aus eigener Entscheidung hiernach nicht zuständig sind, ist mir sofort, gegebenenfalls telegraphisch oder fernmündlich zu berichten. Ich erwarte im Interesse der Befriedung der Bevölkerung und zur Verhinderung der Erzeugung von Märschprobenstimmungen von den Befugnissen der Notverordnung nachdrücklich, jedoch unter Vermeidung kleinlicher oder gar schikanöser Handhabung Gebrauch zu machen. Die Notverordnung will nicht das Recht zu verantwortungsbewusster, sachlicher Kritik in anständiger Form erschweren oder gar unterbinden.“

Ueber die Bedeutung der Presse-Notverordnung wird an zuständiger Stelle erklärt, bei den Bestimmungen dieser Notverordnung handele es sich um durch die Verschärfung und Uebertreibung des politischen Kampfes bedingte und aus der Schwere der Zeit notwendig gewordene Bedingungen und um gesetzliche Vorschriften, wie sie auch im Ausland, z. B. in Frankreich öfter erlassen worden seien. Es bestehe allgemein die Hoffnung, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handele und daß mit der Beruhigung des öffentlichen Lebens auch die Anwendung der Notverordnung überflüssig werde. Ferner bestehe bei allen beteiligten Stellen der Wunsch, daß die Verordnung durchaus in verständlichem Sinne und unter Vermeidung jeglicher Schärpen durchgeführt wird.

Das Echo

der Presse-Notverordnung ist natürlich außerordentlich stark. Von den rechtsstehenden Blättern schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Presse-Notverordnung bedeute den Anfang vom Ende der Pressefreiheit. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß ein Teil der Presse die Waffe des Totschweigens allzu bedenkenlos angewendet habe, so hätten doch die bestehenden Bestimmungen ausgereicht, um Abhilfe zu schaffen. Der „Tag“ erklärt, eine derartige Verordnung hätte in parlamentarisch regierten Ländern bisher als unvorstellbar gegolten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ überschreibt ihren Artikel: „Gazetten sollen nicht genieret werden“.

Von den Blättern der Mitte wird die Presse-Notverordnung als ultima ratio gegen unehrbare Zustände angesehen, so von der „Vossischen Zeitung“ und vom „Börsen-Courier“. Wehnlich bezeichnet die „Germania“ die Notverordnung als eine „seit langem notwendige Korrektur der Unwahrhaftigkeit einer gewissen Presse, die keine Bedenken getragen habe, ihre Leser über wichtige Erklärungen

gen der Reichsregierung nicht zu unterrichten oder diese Erklärungen sogar zu entstellen“.

Gegen Kapital- und Steuerflucht

Schärfste Bekämpfung durch Notverordnung. — Anzeigepflicht für Devisen und Guthaben in Auslandswährung.

— Berlin, 20. Juli.

Die vor einigen Tagen angekündigte Notverordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht ist nunmehr vom Reichspräsidenten von Hindenburg erlassen und sofort in Kraft gesetzt worden. Die neue Notverordnung ist äußerst umfangreich und zerfällt in vier Abschnitte.

Auf Grund dieser Bestimmungen unterliegen alle Steuerpflichtigen, die Gesellschaften sowohl wie die im Inland ansässigen Privatpersonen und die im Ausland ansässigen deutschen Beamten, einer Anzeigepflicht für ausländische Zahlungsmittel und Guthaben in Auslandswährung. Die Anmeldung ist innerhalb einer noch zu bestimmenden Frist bei der Reichsbank vorzunehmen.

Für Personen, die aus dem Ausland zurückkehren, ist eine Frist von mindestens einer Woche nach der Rückkehr vorgegeben. Ausländische Wertpapiere und Forderungen, die mit einer längeren Frist als drei Monate kündbar sind, fallen nicht unter die Anmeldepflicht.

Anzumelden sind jedoch solche ausländischen Wertpapiere, die nach dem 12. Juli 1931 gegen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung erworben worden sind.

Die Reichsbank oder eine von ihr zu bestimmende Stelle erhält das Recht zum Ankauf der angemeldeten Devisen. Das Recht wird nicht ausgeübt, wenn die Prüfung der Reichsbank ergibt, daß die Auslandswerte zu „volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken“ gebraucht werden.

Neben der Anzeigepflicht für die oben angeführten kurzfristigen Auslandsforderungen besteht fortan für alle Steuerpflichtigen eine Anzeigepflicht gegenüber den Steuerbehörden. Im Zusammenhang damit und wegen der nachstehend erwähnten Steueramnestie wird die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung bis zum 31. Juli 1931 verlängert. Wer seine Vermögenserklärung bereits abgegeben, jedoch anzeigepflichtige Werte nicht darin angeführt hat, kann dies nachträglich bis zum 31. Juli 1931 tun.

Verstöße gegen die bisher angeführten Bestimmungen werden mit Gefängnis, mit Geldstrafen in unbeschränkter Höhe und mit der Einziehung der Vermögenswerte bestraft. In besonders schweren Fällen können Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren verhängt werden. Das Urteil kann auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntgemacht werden.

Steueramnestie.

Wer bis zum 31. Juli 1931 Mitteilungen über das Vorhandensein eines bisher verschwiegenen steuerpflichtigen Vermögens oder Einkommens macht, bleibt straffrei; ebenso wird er von der Nachzahlungspflicht befreit. Das Gleiche gilt für bisher verschwiegene Gewerbeträge.

Die Steueraufsicht wird in verschiedener Beziehung verschärft. Wichtig ist hier vor allem, daß Steuerpflichtige, deren Einkünfte über eine bestimmte, noch festzustellende Summe hinausgehen, zur laufenden Aufzeichnung von Einnahmen und Ausgaben und zur Spezialisierung ihres Vermögens verpflichtet werden können.

Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung einer in dieser Verordnung mit Strafe bedrohten Handlung glaubhafte Kenntnis erhält, ist verpflichtet, der Behörde hiervon Anzeige zu erstatten.

Lockerung der Bankensperre.

Freie Abhebung bis zu 5 % des Guthabens gestattet. — Jedoch nur bis zum Höchstbetrag von 20 RM bei Sparkonten.

— Berlin, 20. Juli.

In Abwicklung der Bankfeiertage ist nunmehr eine dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs erschienen. Die neuen Bestimmungen sind bereits am heutigen Montag in Kraft getreten und gelten bis Donnerstag einschließend. Die Verordnung besteht aus sechs Artikeln; am bedeutendsten davon ist der Artikel 1, er lautet:

Artikel 1.

„Die Kreditinstitute dürfen an Kontoinhaber Barauszahlungen ohne besondere Zweckbestimmung nicht über 5 % des am 19. Juli 1931 vorhandenen Guthabens, insgesamt aber höchstens 100 RM leisten. Bei Guthaben aus Sparkonten oder Sparbüchern (bei Banken, Sparkassen aller Art und Genossenschaften) beschränkt sich der Betrag auf höchstens 20 RM; die Auszahlung kann vom Nachweis eines Bedürfnisses abhängig gemacht werden.“

Auf jeden Kreditbrief, der vor dem 14. Juli 1931 ausgestellt ist, dürfen bis zu 100 RM ausgezahlt werden, wenn der Berechtigte sich außerhalb seines Wohnortes aufhält.

(Unbeschränkte Barauszahlungen sind wie bisher zulässig für Löhne, Steuern usw. und neuerdings auch für Frachtauszahlungen.)

§ 2.

Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen.

Ueber Guthaben, die nach dem 15. Juli 1931 aus Barauszahlungen in RM, durch den Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung oder aus Ueberweisungen von Konten, die einer Beschränkung nicht unterliegen, entstanden sind, kann frei verfügt werden. Das gleiche gilt für die nach dem 25. Juni 1931 an die Kreditinstitute überwiesenen Söhne, Gehälter, Ruhegehälter, Versorgungsgehaltne und ähnliche Bezüge.

§ 3.

1. Ueberweisungen sind unbeschränkt zulässig; soweit sie erforderlich sind, um die in § 1 Absatz 3 zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen, soweit sie sich innerhalb des selben Instituts vollziehen, soweit dadurch Zahlungen zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewirkt werden, soweit Leistungen an einen Versicherungsträger zur Erfüllung einer Beitragspflicht bewirkt werden, aus Guthaben, über die gemäß § 2 Absatz 2 frei verfügt werden kann.

2. Zwischen allen von den Bankfeiertagen betroffenen Kreditinstituten, insgesamt bis zur Höhe der Hälfte des jeweiligen Guthabens des Auftraggebers und höchstens bis insgesamt 2000 RM und nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Bankfeiertagen betroffenen Institut.“

Die übrigen Artikel regeln in der Hauptsache banktechnische Fragen und sehen ferner besondere Strafbestimmungen für Vergehen im Scheckverkehr vor. Von allgemeiner Bedeutung ist noch der Artikel 4, wonach die Reichsbank, die Reichsbank und die Deutsche Goldkreditbank hinsichtlich des Zahlungsverkehrs keinen Einschränkungen unterliegen. Das bedeutet, daß die Postkassendräher wie bisher so auch in Zukunft voll auszahlen.

Wohin?

Die großen Sommerferien stehen bevor, und immer brennender wird die Frage nach dem jezt geeignetsten und am meisten bietenden Reiseziel. Ueber der gewiß notwendigen Erholung und Entspannung steht die Rücksichtnahme auf die Gesundheit und — die Kosten. Also wäre ein wirksames Heilmittel, das zugleich vorzügliche Sommerfrische ist, wohl das Allerbeste! Aber wo? — Nun, die Antwort ist leichter, als die meisten von uns vielleicht ahnen, denn in wenigen Stunden Bahnfahrt kann man das wunderschöne lippische Bad Salzungen erreichen, das durch seine kohlensäurereichen Thermalquellen, wie durch seine modern eingerichteten Badehäuser und Inhalatorien, aber auch durch seine unvergleichlich bevorzugte landschaftliche Lage, wie durch seine der gegenwärtigen Notzeit verhältnismäßig sich anpassende Preiswürdigkeit schon seit mehreren Jahren einen ständig wachsenden Ruf besitzt. Es ist daher durchaus nicht zu verwundern, wenn dieses Bad Salzungen sich gerade auch in Rheinland und Westfalen einer besonderen Beliebtheit erfreut, und wenn man es jezt zu Beginn der Ferienzeit, in gebührend empfehlender Erinnerung bringt. Die gar nicht so weite Reise lohnt sich, und wer von uns einmal in Bad Salzungen war, ist nicht nur begeistert von den ausgezeichneten Kurverfolgen, sondern kehrt auch immer wieder gern dorthin zurück, weil es der landschaftlichen Schönheiten in Hülle und Fülle besitzt und neben frischem Lebensmut neue Lebensfreude schafft, deren wir Rheinländer bekanntlich nur ungern entbehren können.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Betzel.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einpenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

Ein junges Mädchen, das das Kochen erlernt hat, sucht zum 1. Oktober 1931

Stelle

in größerem Hause, wo es sich noch weiter ausbilden kann. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter A 1742.

Erst prob's - dann lob's

Damenstrümpfe von 35 „ an
Mako „ von 60 „ an
Waschseide „ von 50 „ an
Schlupfer „ von 65 „ an
Kinderschlupfer von 25 „ an
Waschkleid „ von 1.65 „ an
Gr. 42 - 48

Einsatz-Mako, Arbeitshemd, Hosen, Bett- und Leibwäsche, Schürzen, vieles andere mehr, enorm billig, verlangen Sie Preisliste. Nachnahmeversand C. R. Bauer, Perleberg.



Braubach & Co.

Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau. Telefon 34. — Prospekte frei.

Herz-
Rheuma
Nerven
Frauen-
leiden
Luftwege

Bad Salzungen

Pauschalkuren

Hotel Fürstenhof Pens. von RM 8.50 an

Ernst Münch, Brackwede
Hauptstraße 81

ZentRa-Uhren

In jeder Preislage

Tecklenburg

im Teutoburger Wald
Evangelisches Volkshochschulheim in schöner Lage am Walde — Bäder im Hause — Schwimmbad — gute Verpflegung — Hausnachricht — nimmt Erholungs Gäste auf. — Zimmer von 3.50 bis 5. — Mk.

Junger Landwirt

26 Jahre alt, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung als

Verwalter

bei Hrißl. Herrschaft. — Mit allen Arbeiten, Maschinen u. Traktoren vertraut, sicher in Wirtschaftsbuchführung (D.L.G.) und Reutemgang. 3 Sem. Landwirtschaftl. Lehraufhalt u. Deulatrakt. Führerschein I und III.

Gest. Off. an die Geschäftsstelle des Aufwärts unter A 1725 erb.

Bad Nauheim

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5. — Mark an. H. Spickmann, Marlstr. 51 P.

Nr. 168

Sucht
sie sch
Gib 9
daß 2

der da

Man kan
marks Reg
seit Jahr
sagt: den
seiner Art
sich beson
strittene
tarischer
Volksabtim
tätigen
hinichtlich
scheiden
die Regieru
Abprüfung
Mit eine
in weitestem
überhaupt.
was vor all
Natur, und
daxon, daß
Taktik und
nur in eine
den Arm zu
isolierten
liegen, sind
nicht von de
res und der
ments begeh
Zwiespältig
des einen
Ueberwältig
Um so höher
mus der dän
jeestrategisch
Scheide zwis
kenntnis vo
Karte des
Dänemark
ernsthaften

Dabei er
als Prüfftein
den Großen
Frieden des
nend für den
uneigennützig
beiden große
im Wege stel
der größten
bekunden. I
schürzte So
als geschlosse
engen im F
Rußlands n
will.

Sir Auste
minister, gab
skandinavisch
tonung Ausd
irgendeine e
Ditsee als e
Das ist deut
antwortet, d
gedrührte
England im
Die Bem
einer Abrißt
der verschied
Ditsee her.
übrigens ber
haltung Ru
einer Abrißt
im Parlamen
glaubten.

Ein Hau
Gegner der
in der Her
marks, mobe
bundsfajuna